Aus Kantonen und Gemeinden

Objekttyp: Gr	oup
----------------------	-----

Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge: Monatsschrift für Sozialhilfe:

Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Band (Jahr): 87 (1990)

Heft 6

PDF erstellt am: 21.07.2024

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek* ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

oder erlassen werden können, wenn der Erwerbstätige unterstützungsbedürftig ist oder aufgrund der Sicherheitsleistung unterstützungsbedürftig zu werden droht.

Im Sinn der Klarstellung und der einheitlichen Praxis empfehlen wir ferner, dem Art. 21a einen neuen Absatz 2 hinzuzufügen.

Revisionsentwurf ANAG und Entwurf eines Bundesgesetzes über die Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge

In bezug auf die konsequente Revision des ANAG und auf die vorgeschlagene Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge haben wir keine Bemerkungen anzubringen.

AUS KANTONEN UND GEMEINDEN

Thurgauer Fürsorgekonferenz informierte sich über AIDS

Die Mitglieder der thurgauischen Konferenz der öffentlichen Fürsorge versammelten sich im Hotel Kreuzstrasse in Märstetten unter dem Vorsitz ihres Präsidenten, Alfred Küpfer, Sirnach, zu ihrer ordentlichen Frühjahres-Konferenz. Im Zentrum stand dabei ein Referat von Dr. med. Geoffrye Delmore, leitender Arzt am Kantonsspital Frauenfeld, zum Thema «AIDS – Explosion in Zeitlupe». Der kompetente Mediziner forderte dabei nicht nur ein Abbauen der Angst durch Wissen, sondern auch vermehrte seuchenpolizeiliche Massnahmen. Bezüglich Zunahme der Krankheit allerdings bekamen die Konferenzteilnehmer ein düsteres Bild vorgezeigt und niemand weiss wohl zum heutigen Zeitpunkt, ob bis zum Jahrtausend auch im Thurgau noch genügend Pflegebetten und -plätze vorhanden sein werden.

Im Rahmen seiner Begrüssung wies Konferenzpräsident Alfred Küpfer, Sirnach, darauf hin, dass sich die Immunkrankheit Aids trotz umfassender Information gesamtschweizerisch und auch im Kanton Thurgau immer mehr ausbreitet. Im vergangenen Jahr starben in der Schweiz 596 Menschen an Aids und 13 219 HIV-positive mussten registriert werden. Obwohl der Kanton Thurgau gesamtschweizerisch unter dem Durchschnitt liegt, vermutet man auch hier Hunderte von HIV-positive und rund zehn Aids-Erkrankungen sind bekannt.

Mit Blick auf die Aids-Kranken im Thurgau führte Delmore aus, dass diese sich einer grossen Unterstützung durch Familie, Partner und Freunde erfreuen dürften. Auch Seelsorge, Hausarzt, Liga, Spitex, Aidshilfe, Spital und Fürsorge böten eine wichtige wertvolle Hilfe an. Zusatzprobleme stellten sich allerdings in einzelnen Fällen trotzdem durch das Im-Stich-gelassen-Werden von den nächsten Angehörigen, Geldsorgen und das Finden von Arbeit und geeigneten Wohnungen. «Angst machen ist das eine, beschönigen das andere», meinte Delmore zur Eröffnung der rege benützten Diskussion. Nochmals bezeichnete er den Hautkontakt nicht in jedem Fall als unproblematisch und forderte Massnahmen wie Kondomempfehlungen, Antikörpertests von Blutspendern, freie Spritzenabgabe an Süchtige; Massnahmen, welche im Thurgau bereits erfüllt seien. Ferner stellt sich Delmore aber auch Massnahmen vor wie stichprobenartige und gezielte Kontrolle der Viruskulturen, vermehrte Eigenblutspende, noch restriktiveres Handhaben von Bluttransfusionen, systematische HIV-Tests von Familienangehörigen von Infizierten. Die Tests sollten anonym und kostenlos erfolgen. Als weiteres sieht Delmore Sanktionen und Strafmassnahmen bei der Weitergabe von Spritzen und die absolute Meldepflicht von Aids und HIV-positiven sowie die HIV-Untersuchung bei Sex-Touristen und weitere Massnahmen.

Die Tatsache, dass in der Rekrutenschule bei der Feststellung von HIV-positiv die Meldung erst nach Abschluss der Schule auf zivilem Weg dem Hausarzt mitgeteilt wird, bezeichnete Delmore als negativ und falsch.

W.L.